

Niederschrift
über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses
am 20.11.2012

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 16:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 16:50 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Gerhard Henrichsmeier
Herr Rainer Lux (Vorsitzender)
Herr Frank Strothmann
Herr Detlef Werner

SPD

Frau Sylvia Gorsler
Frau Barbara Schneider
Frau Karin Schrader (ab 16:10 Uhr)
Herr Dr. Nicolas Tsapos

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hartmut Geil
Herr Klaus Rees

FDP

Herr Harald Buschmann

Die Linke

Frau Barbara Schmidt

Bürgernähe

Frau Barbara Geilhaar

Nicht anwesend:

Herr Hans Hamann (SPD)
Herr Holm Sternbacher (SPD)
Herr Ralf Schulze (BfB)

Von der Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke

Beigeordneter Herr Dr. Witthaus – Dezernat 2 (zu TOP 8 und 9)

Herr Epp – Amt für Jugend und Familie (zu TOP 12)

Herr Grinblats – Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen

Herr Berens – Amt für Finanzen und Beteiligungen

Herr Stühmeier – Amt für Finanzen und Beteiligungen

Frau Wemhöner – Amt für Finanzen und Beteiligungen (Schriftführerin)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Lux stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Finanz- und Personalausschusses fest. Als Gäste in der heutigen Sitzung begrüßt er Frau Eisenhut und Frau Kleinebeker, die zur Zeit als Auszubildende im Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen tätig sind.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 36. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 25.10.2012**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 25.10.2012 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Herr Löseke verliest, die Verfügung der Bezirksregierung Detmold vom 10.10.2012 zu den HSK-Maßnahmen mit befristetem Personaleinsatz im Sozialbereich mit folgendem Wortlaut:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Übersendung Ihres v. g. Berichtes bedanke ich mich. Aufgrund des von Ihnen dargestellten erfolgreichen Verlaufs der überwiegend von der Gemeindeprüfungsanstalt zur Umsetzung empfohlenen HSK-Maßnahmen, habe ich gegen die unbefristete Beschäftigung des zusätzlich eingestellten Personals keine Bedenken.

Ich bitte Sie, im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung weiterhin die Entwicklung der Tätigkeit dieser zusätzlichen Mitarbeiter im Hinblick auf eine effektive Steuerung der Sozialaufwendungen im Blick zu behalten, um ggfls. Eine Anpassung des Einsatzes bei sich ändernden Rahmenbedingungen vornehmen zu können.“

Herr Rees bedankt sich für die Mitteilung und erklärt, dass er davon ausgehe, dass die Entfristung der Stellen Bestandteil der Diskussion zum Stellenplan 2013 werde.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen/Anträge

Anfragen liegen nicht vor.

Beratung und Beschlussfassung zum Antrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP zur Vorlage 4732 erfolgen unter TOP 4.

Zu Punkt 4 Planung investiver Maßnahmen im Haushaltsplanentwurf 2013

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4732/2009-2014

Drucksachenummer: 4732/2009-2014/1

Drucksachenummer: 4732/2009-2014/2

Politischer Antrag zur Vorlage 4732

Herr Löseke erklärt, dass die Verwaltung bereits auf den Antrag der Ampelfraktionen reagiert habe und im heutigen Verwaltungsvorstand weitere Investitionskürzungen diskutiert und beschlossen worden seien. Aus der verteilten Tischvorlage (Drucksachen-Nr. 4732/2) ergeben sich zusätzliche Einsparungen in Höhe von 2.255.020 €, so dass insgesamt eine Reduzierung des Investitionsvolumens in Höhe von 4.455.220 € dargestellt werden könne. Offen sei nun noch ein Betrag von 244.780 €.

Zum vorliegenden Antrag führt Herr Rees aus, dass die Rahmenbedingungen in der Ursprungsvorlage der Verwaltung ausführlich dargelegt worden seien. Die dort vorgeschlagene Einsparsumme von 2,2 Mio. € sei aus Sicht der Ampel-Fraktionen jedoch zu gering bemessen. Im Antrag werde daher die Erwartung formuliert, weitere 2,5 Mio. € einzusparen. Er danke der Verwaltung, dass diese schnell reagiert habe und mit der 2. Nachtragsvorlage bereits weitere konkrete Reduzierungen vorschlage. Er gehe davon aus, dass der noch offene Restbetrag im Rahmen der Fachausschussberatungen mit Maßnahmen hinterlegt werden könne. Herr Werner erklärt, dass er die Erweiterung der Einsparsumme für richtig halte. Seine Fraktion werde dieser Vorgabe zustimmen. Die Einzelmaßnahmen nehme man zunächst zur Kenntnis und verweise sie zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse. Zu den Abschlussberatungen im Finanz- und Personalausschuss erwarte er dann eine Gesamtliste mit den von den zuständigen Fachausschüssen beschlossenen Einzelmaßnahmen.

Frau Schmidt stellt fest, dass sie den kurzfristig entwickelten

Einsparvorschlägen kritisch gegenüber stehe, da sie die Auswirkungen nicht überblicken könne. Ihres Erachtens seien nunmehr notwendige Maßnahmen wie z.B. die Inklusion im Schulbereich gefährdet. Insgesamt halte sie die Gesamtliste für nicht tragbar. Herr Werner macht nochmals deutlich, dass seines Erachtens in der heutigen Sitzung lediglich das Gesamteinsparvolumen in Höhe von 4,7 Mio. € als Vorgabe beschlossen werden könne. Die Einzelmaßnahmen könne man als Finanz- und Personalausschuss nicht abschließend beurteilen; hier seien die Fachausschüsse gefordert. Im Zweifel müsse ein Fachausschuss auch die Möglichkeit haben, alternative Maßnahmen mit einem vergleichbaren Einspareffekt zu benennen. Auf die Äußerungen von Frau Schmidt eingehend weist Herr Rees darauf hin, dass die zum Beispiel für Inklusion vorgesehenen Beträge zunächst pauschal veranschlagt wurden und inzwischen die konkreten Bedarfe sowie die Kassenwirksamkeit bekannt seien. Keinesfalls sollen die Maßnahmen zur Inklusion durch die Einsparungen beeinträchtigt werden. Im Übrigen könne er sich dem von Herrn Werner beschriebenen weiteren Verfahren anschließen.

Unter Berücksichtigung der vorausgegangenen Diskussion und des vorliegenden Antrages fasst der Finanz- und Personalausschuss folgenden

Beschluss:

Die Liste der für 2013 im Kernhaushalt geplanten investiven Maßnahmen (Anlage 1) wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Etatberatungen Einsparvorschläge mit einem Volumen von 4,7 Mio. Euro unter Berücksichtigung geplanter Investitionen der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen in die Fach- und Betriebsausschüsse einzubringen.

Die von der Verwaltung zur Einsparung vorgesehenen Investitionsmaßnahmen (Drucksachen-Nr. 4732/1 – Anlage 3 und 4732/2 – Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen und an die Fachausschüsse zur weiteren Beratung und Beschlussfassung im Rahmen der Etatberatungen verwiesen.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5

**Prüfung der Eröffnungsbilanz der Stadt Bielefeld durch die
Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4721/2009-2014

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den von der GPA vorgelegten Bericht über die Prüfung der Eröffnungsbilanz der Stadt Bielefeld auf den 01.01.2009 zur Kenntnis.

Zu Punkt 6

Berichtswesen zum Produkthaushalt 2012 - 2. Tertiärsbericht

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4769/2009-2014

Auf Nachfrage von Herrn Werner bestätigt Herr Löseke, dass die prognostizierte zusätzliche Haushaltsverschlechterung in Höhe von 3,2 Mio. € unter Berücksichtigung aller bislang wirksamer HSK-Maßnahmen zu erwarten sei. Frau Schmidt stellt fest, dass die Probleme offensichtlich auf der Ertragsseite bestehen und dadurch die strukturelle Unterfinanzierung des Haushalts bestätigt werde. Herr Werner erwidert darauf, dass sich schon im ersten Jahr nach der Gewerbesteuererhöhung zeige, dass die damit verbundenen Erwartungen zu hoch und die Vorgaben des Landes unsolid gewesen seien.

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den 2. Tertiärsbericht zum Produkthaushalt 2012 zur Kenntnis.

Zu Punkt 7

2. Tertialsbericht über die Umsetzung der HSK-Maßnahmen im Jahr 2012

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4808/2009-2014

Herr Löseke weist kurz darauf hin, dass auf Seite 6 der Anlage zu den Maßnahmen Nr. 108 und 109 der Text versehentlich nicht komplett abgedruckt wurde. Die vollständigen Maßnahmetexte seien daher heute als Tischvorlage verteilt worden.

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den 2. Tertialsbericht über die Umsetzung der HSK-Maßnahmen im Jahr 2012 zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8

Abschluss einer Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen der Stadt Bielefeld und der Bielefelder Bauernhaus-Museum gGmbH

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4770/2009-2014

Frau Schmidt verweist auf die Diskussion im Kulturausschuss und die dort geäußerte Kritik am künftigen Verfahren. Ihres Erachtens werde die bislang sehr erfolgreiche und weitgehend ehrenamtliche Arbeit des Bauernhausmuseums mit der vorgesehenen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung abgewürdigt. Frau Geilhaar ergänzt, dass ihres Erachtens auch weiterhin eine Leitungsstelle für das Bauernhausmuseum angezeigt wäre. Herr Geil erklärt, dass auch er die Arbeit der bisherigen Leitung des Bauernhausmuseums sehr schätze; mit der nun vorgesehenen Vereinbarung und den geplanten Zuwendungen in Höhe von rd. 155.000 € sei aber aus finanzpolitischer Sicht eine vertretbare Lösung für den Weiterbetrieb gefunden worden. Herr Dr. Witthaus weist die von Frau Schmidt geäußerte Kritik ausdrücklich zurück und stellt fest, dass die langfristigen Verhandlungen mit der Bielefelder Bauernhaus-Museum gGmbH im Ergebnis mit einer Einigung abgeschlossen werden konnten. Herr Werner signalisiert, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde, da die Vereinbarung im Ergebnis mit der gGmbH einvernehmlich abgestimmt wurde.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, den Abschluss einer Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen der Stadt Bielefeld und der Bielefelder Bauernhaus-Museum gGmbH entsprechend der Anlage zu beschließen.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Kommunaler Beitrag der Stadt Bielefeld für die Nordwestdeutsche Philharmonie e. V. (NWD) für die Jahre 2013 bis 2015

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4672/2009-2014

Herr Dr. Witthaus erklärt, dass es sich bei dem Beitrag der Stadt für die Nordwestdeutsche Philharmonie um eine neue freiwillige Leistung handele, die von der Bezirksregierung aber ausdrücklich toleriert werde. Frau Geilhaar verweist auf die kontroverse Diskussion im Kulturausschuss und stellt fest, dass diese Leistung im Hinblick auf die Haushaltssituation der Stadt nur schwer zu vermitteln sei. Auf Nachfrage von Herrn Lux bestätigt Herr Dr. Witthaus, dass das Volumen der freiwilligen Leistungen um den Betrag von 10.000 € ausgeweitet werde. Eine korrespondierende Einsparung zum Beispiel beim Zuschuss für die Bühnen sei nicht vorgesehen. Herr Werner stellt fest, dass auch er eine Ausweitung der freiwilligen Leistungen in der bestehenden finanziellen Situation nicht nachvollziehen könne. Zudem könne er keinen direkten Nutzen für die Stadt Bielefeld erkennen. Darüber hinaus sei zu befürchten, dass zukünftig bei der Nordwestdeutschen Philharmonie weitere Fehlbeträge entstehen. Herr Rees weist darauf hin, dass die Stadt auch in anderen Bereichen Beiträge leiste, ohne eine direkte Gegenleistung zu erhalten. Als Beispiel nennt er den Flughafen Paderborn/Lippstadt. Auch seine Fraktion tue sich mit dem Beitrag für die Philharmonie schwer. Seines Erachtens erwachse jedoch aus der Stellung als Oberzentrum für die Stadt eine Verpflichtung, sich an interkommunalen Projekten zu beteiligen. Den jetzt in Rede stehenden

Betrag müsse man als solidarischen Beitrag einstufen. Herr Dr. Witthaus betont anschließend, dass es sich im vorliegenden Fall nicht um einen Mitgliedsbeitrag handele, sondern um eine zeitlich auf drei Jahre begrenzte Kostenbeteiligung. Der weit überwiegende Teil der übrigen Kommunen/Kreise habe der Finanzierung inzwischen zugestimmt; darunter seien auch die Gebietskörperschaften, die zwischenzeitlich aus dem Verein ausgetreten seien. Herr Werner führt aus, dass man den vorliegenden Sachverhalt nicht mit der Beteiligung am Flughafen Paderborn/Lippstadt vergleichen könne. Im Falle der Nordwestdeutschen Philharmonie werde die Stadt zur Kostenbeteiligung herangezogen, ohne eine adäquate Gegenleistung zu erhalten. Seines Erachtens werde zum Beispiel im Rahmen der OWL Marketing in einem ausreichenden Umfang interkommunal solidarisch zusammen gearbeitet. Herr Buschmann erklärt, dass es sich bei der Nordwestdeutschen Philharmonie um eine bedeutende Kultureinrichtung handele, deren Veranstaltungen von Publikum aus der gesamten Region besucht werden. Die Stadt Bielefeld könne sich von daher einer Beteiligung nicht entziehen.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt wie folgt zu beschließen:

- 1.) Der Rat der Stadt stimmt den in der Vorlage genannten Eckpunkten für eine Finanzierung der Nordwestdeutschen Philharmonie e. V. zu.**
- 2.) Der Rat der Stadt sichert dem Trägervertreter der Nordwestdeutschen Philharmonie zu, einen jährlichen solidarischen Beitrag von 2013 bis 2015 nach Ziffer 4.4. der Vorlage zu leisten.**

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

Teilnahme der Stadt Bielefeld am Landes-Modellprojekt: "Kein Kind zurück lassen"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4887/2009-2014

Drucksachennummer: 4982/2009-2014

Herr Werner erklärt, dass seine Fraktion unter Berücksichtigung der zusätzlichen Informationen der Vorlage nunmehr zustimmen könne.

Wünschenswert sei jedoch, dass regelmäßig über den Verlauf des Projekts im Fachausschuss berichtet werde. Darüber hinaus erwarte er nach Abschluss des Modellvorhabens einen Bericht im Finanz- und Personalausschuss über die erzielten Ergebnisse. Unter Berücksichtigung dieser Maßgabe fasst der Finanz- und Personalausschuss folgenden

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat der Stadt Bielefeld begrüßt die Teilnahme am landesweiten Modellprojekt „Kommunale Präventionsketten – Kein Kind zurücklassen“.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den vorliegenden Kooperationsvertrag zu unterzeichnen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Fachausschüssen in regelmäßigen Abständen über die wesentlichen Zwischenstände des Modellvorhabens zu berichten.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11

7. Änderungssatzung für die Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von städtischen Unterkünften für Wohnungslose der Stadt Bielefeld vom 10.03.1997

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4734/2009-2014

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Die 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von städtischen Unterkünften für Wohnungslose der Stadt Bielefeld wird nach Vorlage (Anlage 2) beschlossen.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 12 Einrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4768/2009-2014

Herr Epp teilt über den Bericht in der Vorlage hinausgehend mit, dass das Land inzwischen eine Kostenzusage für die Refinanzierung der zusätzlichen 3 ½ Stellen in 2012 abgegeben habe.

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den Bericht über Einrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zur Kenntnis.

Zu Punkt 13 Unterrichtung des Finanz- und Personalausschusses über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat. (Anlage 1 - ist beigefügt.)

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt von den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, gemäß Vorlage Kenntnis und verweist diese Vorlage ebenfalls an den Rat zur Kenntnisnahme.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Bielefeld, 20.11.2012

Rainer Lux
(Vorsitzender)

Heike Wemhöner
(Schriftführerin)